

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

**Herausgeber:** Schweizerische Energie-Stiftung

**Band:** - (1994)

**Heft:** 3: CO2-Abgabe und Energiegesetz : verlassen Sie diesen Planeten so, wie sie ihn vorzufinden wünschen!

**Vorwort:** Globale Verantwortung und nationales Handeln

**Autor:** Bär, Rosmarie

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

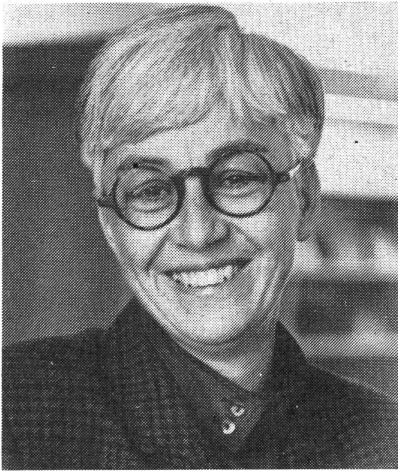
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Rosmarie Bär zur CO<sub>2</sub>-Abgabe

Rosmarie Bär ist Präsidentin der Schweizerischen Energiestiftung SES

## Globale Verantwortung und nationales Handeln

Es ist wieder einmal soweit. Der Schweizer Wirtschaft droht der Untergang, sagen sie. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist im Eimer, sagen sie. Zehntausende von Arbeitsplätzen sind gefährdet, sagen sie. Die Lage scheint ihnen so bedrohlich, dass mitten in der hundstäglichen Hitze eine Reihe von Wirtschaftsmanagern zu einer von der "Wirtschaftsförderung" einberufenen CO<sub>2</sub>-Pressekonferenz eilen. Um der "fragwürdigen Vorreiterrolle" und der "nutzlosen Selbstkasteiung der Schweiz", wie sich wf-Präsident und Alusuisse-Mann Hans Jucker ausdrückte, den Kampf anzusagen. Was ist passiert?

Der Bundesrat will - endlich - etwas tun. Einen kleinen Schritt zum Kurswechsel in der Umweltpolitik. Ein marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument soll eingeführt werden, wie es von der Wirtschaft anstelle von Verboten und Geboten seit Jahren gefordert wird. Eine bescheidene CO<sub>2</sub>-Abgabe auf fossilen Energien ist vorgeschlagen. Schrittweise soll sie kommen, mit tiefen Sätzen; das Ganze ist voraussehbar und für die Betroffenen kalkulierbar. Das dieser Schritt eigentlich nicht reicht, schreibt der Bundesrat gleich selber in seinem Begleittext. Notwendig, im wahrsten Sinne des Wortes, ist mehr (siehe Texte in dieser Nummer). Weshalb?

Unsere Erde ist bedroht. Wir muten ihr zuviel, viel zuviel Kohlendioxid-Emissionen (CO<sub>2</sub>) zu. CO<sub>2</sub> heizt das Klima an. Gletscher werden schmelzen, Meere werden steigen, Küstenlandschaften werden weggespült, Landwirtschaftszonen überflutet, Wohngebiete unbewohnbar, Menschen müssen flüchten.... Klimaforscher warnen seit Jahren.

80% der Treibhausgase, die zur Temperaturerhöhung führen, werden von nur einem Viertel der Weltbevölkerung verursacht: Von den Menschen in den Industriestaaten; durch ihre unverant-

wortliche Verschwendung von fossilen Brenn- und Treibstoffen. Wir sind die grossen CO<sub>2</sub>-Sünder. Was bedeutet das?

Es bedeutet, dass wir in einer globalen Verantwortung stehen. Globale Verantwortung verlangt nationales Handeln. Welches Handeln?

Feierlich haben die Staatschefs der Welt am Erdgipfel in Rio 1992 eine Klimakonvention unterschrieben und sich verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahre 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren. "Rio war nicht weniger wichtig als die französische Revolution", hat dazu Prof. Ernst U. v. Weizsäcker kürzlich an einer Tagung festgestellt. Die Schweiz hat die Konvention ratifiziert. Seit März 1994 ist sie in Kraft. Das verpflichtet.

Uebrigens, die "fragwürdige Vorreiterrolle" können wir sowieso nicht für uns beanspruchen. Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande haben die Lenkungsabgabe längst eingeführt.

Und wie steht es mit der Wirtschaftsschädlichkeit? Wer es wissen will, weiss auch das. Zahlreiche Untersuchungen und Studien belegen es. Umweltabgaben und Sparanreize bringen Innovationsschübe in der Technik, zusätzliche Aufträge für das Gewerbe und schaffen neue, sinnvolle Arbeitsplätze.

Die Klimakatastrophe lässt sich weder durch medienwirksame Auftritte verdrängen noch lässt sie sich "aussitzen". Nur Handeln hilft. Den Industriestaaten kommt dabei eine grosse politische und moralische Verantwortung zu. "Weltinnenpolitik" nennt der Bundesrat unsere Handlungsmaxime der Zukunft. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist eine innenpolitische Antwort auf eine globale Bedrohung. Das muss auch der Wirtschaft klar gemacht werden. Alles andere wäre unverantwortlich.